

Niederschrift

über die 18. öffentliche Sitzung des Rates der Stadt Schortens

Sitzungstag: Donnerstag, 14.02.2019

Sitzungsort: Bürgerhaus Schortens, Weserstraße 1,
26419 Schortens

Sitzungsdauer: 19:00 Uhr bis 20:30 Uhr

Anwesend sind:

Bürgermeister
Gerhard Böhling

Ratsvorsitzender
Manfred Buß

Ratsmitglieder

Heide Bastrop, Anne Bödecker, Udo Borkenstein, Andreas Bruns, Peter Eggerichs, Thomas Eggers, Martina Esser, Jörg Even, Michael Fischer, Stephan Heiden, Martin von Heynitz (bis 20:19 Uhr), Ralf Hillen, Carsten Hoffmann, Axel Homfeldt, Janto Just, Kirsten Kaderhandt, Detlef Kasig, Marc Lütjens, Tobias Masemann, Hans Müller, Wolfgang Ottens, Susanne Riemer, Elfriede Schwitters, Maximilian Striegl, Melanie Sudholz, Ralf Thiesing, Carsten Thomsen, Andrea Wilbers

Es fehlen entschuldigt:

Ratsmitglieder Joachim Müller, Thomas Labeschautzki, Pascal Reents

Von der Verwaltung nehmen teil:

StD Anja Müller, StOAR Elke Idel, VA Bohlen-Janßen, StOAR Thomas Berghof, BOAR Theodor Kramer, VA Schröder-Ward (bis 20:20 Uhr), VA Ingrid Eggers

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil

1. Eröffnung der Sitzung

RV Buß begrüßt die Anwesenden und eröffnet die Sitzung.

2. Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Beschlussfähigkeit

RV Buß stellt die ordnungsgemäße Ladung und die Beschlussfähigkeit fest.

Vor Einstieg in die weitere Tagesordnung würdigt RV Buß die langjährige Ratsarbeit des verstorbenen ehemaligen Ratsmitgliedes Manfred Schmitz. Im Anschluss findet eine Gedenkminute statt.

3. Feststellung der Tagesordnung - öffentlicher Teil

Dem Vorschlag des **RV Buß**, die Beratung zum bisherigen Tagesordnungspunkt 8.2.1 „Kunstrasenprojekt TuS Sillenstede SV-Nr. 16//1027“ vorzuziehen (neuer TOP 7), da viele Mitglieder des TuS Sillenstede anwesend sind, wird einstimmig zugestimmt.

RV Buß stellt die Tagesordnung mit dieser Änderung fest.

4. Genehmigung der Niederschrift vom 27.11.2018 - öffentlicher Teil

Die Niederschrift wird genehmigt.

5. Bericht des Bürgermeisters

5.1. Erweiterung des Gewerbegebietes „Branterei“

Die Grundstücke im neuen Gewerbegebiet „Branterei“ mit einer Größe von ca. 10 ha sind alle verkauft. Seit Beginn der zwischenzeitlich abgeschlossenen Erschließungsarbeiten vor ca. 1,5 Jahren konnten innerhalb kürzester Zeit alle Flächen an Unternehmen aus Schortens oder auch von außerhalb verkauft werden. Aktuell musste im Verwaltungsausschuss sogar eine Auswahlentscheidung unter verschiedenen Unternehmen laut den vom Rat dafür festgesetzten Kriterien getroffen werden.

Im neuen Gewerbegebiet sind damit 19 Unternehmen mit insgesamt künftig ca. 205 Arbeitsplätzen ansässig. Davon sind 12 Firmen Neuanstellungen mit 116 zusätzlichen Arbeitsplätzen.

Es gibt bereits Anfragen nach weiteren Flächen in der beabsichtigten Erweiterung des Gewerbegebietes.

Hierzu laufen derzeit die vorbereitenden Maßnahmen in Abstimmung mit den Fachbehörden. Mit der Erweiterung soll schnellstmöglich begonnen werden und die Stadt hofft hier natürlich auch wieder auf einen hohen Zuschuss der Europäischen Union. Hierzu ist BM Böhling in ersten Gesprächen.

Als letzte Baumaßnahme wird der Werbepylon errichtet. Hierzu sind die Aufträge, die innerhalb des vom Rat festgesetzten Budgets von 500.000,00 € liegen, mittlerweile erteilt worden. Die Fertigstellung wird im Frühjahr d. J. erfolgen und die Finanzierung durch Mieteinnahmen sichergestellt.

5.2. Bildungszentrum Glarum

In der vergangenen Woche konnte die Krippe an der Grundschule Glarum offiziell eröffnet werden.

Parallel laufen im vorhandenen Schulgebäude noch Arbeiten zur Umsetzung des Schulgebäudes auf den neuesten Stand, nachdem vor einigen Monaten bereits die Erweiterung des Schulgebäudes um vier Klassenräume abgeschlossen werden konnte.

Parallel dazu sind alle Gewerke für die Sporthalle in Glarum ausgeschrieben und die meisten Aufträge erteilt. Mittlerweile ist die Sohlplatte fertig gestellt. Es wird mit einer Bauzeit von ca. einem Jahr gerechnet.

Straßenbeleuchtung

Seit August 2018 betreut die Firma SWB aus Bremen die Straßenbeleuchtung, und zwar zum einen hinsichtlich der laufenden Wartung und Störungsbeseitigung und zum anderen wegen der Umstellung der Beleuchtung auf LED.

Die direkte Servicetelefonnummer und die E-Mail-Adresse sind auf der Internetseite der Stadt Schortens zu finden und werden bereits von den Bürgerinnen und Bürgern gut genutzt. Darüber hinaus gibt es seit Januar 2019 ein Servicebüro in der Menkestraße 51 mit Öffnungszeiten an drei Vormittagen in der Woche. Laut Aussage der Firma wird dieses Angebot rege in Anspruch genommen.

Im August 2018 wurde das Unternehmen beauftragt, 465 alte Leuchten mit einem Verbrauch von 125 Watt gegen LED-Leuchten und einem Verbrauch von 24 Watt auszutauschen. Die Gesamtkosten der Maßnahme beliefen sich auf rund 190.000,00 € abzüglich einer Förderung durch den Bund in Höhe von 25 %. Die Umstellungsmaßnahmen sind zwischenzeitlich abgeschlossen und die Stadt spart jährlich an Stromkosten ca. 40.000,00 €, so dass sich die Maßnahme nach weniger als fünf Jahren amortisiert haben wird. Auch der Umwelt kommen diese Maßnahmen natürlich entgegen. Die CO₂-Reduzierung beträgt bezogen auf die Lebensdauer der Leuchten von 20 Jahren ca. 1.455 Tonnen.

5.3. Auftragserteilungen

Nachdem die Planung für die neue 3-gruppige Krippe in Oestringfelde vom Verwaltungsausschuss anerkannt wurde, wurden zwischenzeitlich die ersten Planungsaufträge an Fachingenieure erteilt. Baubeginn wird im Sommer d. J. sein, so dass die Krippe zum Kindergartenjahr 2020, also zum 01.08., fertig sein wird. Es wird dann also auch in Oestringfelde ein Bildungszentrum mit Krippe, Kindertagesstätte und Schule vorhanden sein.

Auch im Tiefbau wird laufend gearbeitet und investiert. So ist die Regenwasserkanalsanierung in der Helgolandstraße zu 85 % fertig gestellt.

Wie bereits zuvor berichtet, ist die Erschließung des Gewerbegebietes an der Branterei bis auf die Herstellung des Werbepylons abgeschlossen.

Mit einer Investitionssumme von 820.000,00 € wurde der Auftrag für die Regenwasserkanalsanierung in der Oestringer Straße in Grafschaft erteilt. Die Baumaßnahme wird kurzfristig beginnen.

Das gilt auch für die beauftragte Regenwasserkanalsanierung in der Norderneystraße.

Die Erneuerung der Schmutzwasserdruckrohrleitung in Middelsfähr und Roffhausen ist ebenfalls für dieses Jahr vorgesehen. Derzeit erfolgt hierzu die Ausschreibung.

5.4. Bürgerhaus

Bekanntlich hat die Stadt von unserem Umwelt- und Bauminister einen Zuschuss in Höhe von ca. 1 Mio. Euro für die Umgestaltung der Bücherei im Bürgerhaus erhalten. Gleichzeitig befindet sich das Bürgerhaus im Gebiet der genehmigten Städtebauförderung. Die Verwaltung hat zwischenzeitlich erste Entwürfe für eine grundlegende Modernisierung und Umgestaltung des schönen Bürgerhauses erstellen lassen. Diese sollen im Verlauf des nächsten Monats diskutiert und gegebenenfalls in der Ratssitzung im April beraten und beschlossen werden. Es gilt, das Bürgerhaus für die nächsten Jahrzehnte fit zu machen.

Um es noch einmal deutlich zu machen: an der inhaltlichen Ausrichtung des Hauses als Stätte für Kunst, Kultur und natürlich als Plattform unserer Vereine und Verbände mit den entsprechenden Nutzungsmöglichkeiten für diese wird sich nichts ändern.

Nach dem Großprojekt „Hallenbad“ steht der Stadt also jetzt ein weiteres Großprojekt bevor.

5.5. Klinkerzauber

Hierzu haben die Schausteller mitgeteilt, dass sie in Zukunft mit ihren Fahrgeschäften und Ähnliches am Klinkerzauber nicht mehr teilnehmen möchten. Das Stadtmarketing ist bereits dabei, Überlegungen anzustellen, um den attraktiven Klinkerzauber um andere Aktivitäten zu erweitern.

6. Einwohnerfragestunde

6.1. Auf Nachfrage des Einwohners Retsch bestätigt BM Böhling, dass gemäß einstimmigem Beschluss des Verwaltungsausschusses ein Vergleich mit der Bürgerhaus-Gastronomie geschlossen wurde. Vereinbart wurde auch, dass über die Höhe der Abfindung keine Auskünfte gegeben werden dürfen.

6.2. BM Böhling teilt auf Nachfrage des Einwohners Retsch zum Kostenrahmen der Baumaßnahme Hallenbad „Aqua Fit“ mit, dass ursprünglich Baukosten in Höhe von 6,4 Mio. Euro festgesetzt waren und die Kosten bei Abschluss der Maßnahme bei 7,2 Mio. Euro liegen werden.

7. Kunstrasenprojekt TuS Sillenstede **SV-Nr. 16//1027**

BM Böhling berichtet über den Besprechungstermin, zu dem der Vorstand des TuS Sillenstede die Verwaltung und die Mitglieder des Fachausschusses vor kurzem eingeladen hatte.

In diesem Gespräch hat der Verein - der das Projekt gerne im Jahr 2023 verwirklichen möchte - eine Vielzahl von Sponsoringüberlegungen vorgestellt, durch die insgesamt 100.000,00 € eingenommen werden sollen. Darüber hinaus besteht für den Verein die Möglichkeit, eine Förderung in Höhe von 100.000,00 € vom Landessportbund zu erhalten. Da eine Realisierung jedoch nur bei einer Kostenbeteiligung der Stadt in Höhe des Restbetrages von 350.000,00 € möglich ist, hat der Verein um eine Zusage zur Kostenbeteiligung der Stadt vor Umsetzung der Sponsoringmaßnahmen gebeten.

Um dieses hohe Engagement des Vereins entsprechend zu würdigen und auch vor dem Hintergrund, dass ein Kunstrasenplatz etwa doppelt so viel genutzt werden kann wie ein normaler Rasenplatz hat **BM Böhling** den Vorschlag unterbreitet, in der heutigen Ratssitzung über die Aufnahme eines Betrages in Höhe von 350.000,00 € für die Realisierung des Kunstrasenplatzes in das Investitionsprogramm 2023 zu beschließen.

RM Borkenstein lobt das hohe Engagement des TuS Sillenstede, der auf dem Sportplatz in den vergangenen Jahren in Eigenleistungen sehr viel modernisiert hat, u. a. Erneuerung der Barrieren, der Sanitäranlagen, Aufbau der Flutlichtanlage und des Carportdaches. Im Namen der SPD-FDP-Gruppe dankt er den Mitgliedern des Vereins für dieses Engagement, das große Anerkennung verdiene. Daher werde die Gruppe dem Beschlussvorschlag heute auch zustimmen. Abschließend lobt er die kreative Idee des Vereins, den Kunstrasenplatz symbolisch quadratelementweise an Sponsoren zu verkaufen.

Auf Hinweis des **RM Borkenstein** bestätigt **BM Böhling**, dass heute über das Investitionsprogramm für die Jahre 2019 bis einschließlich 2022 beraten und beschlossen werden soll. Da die Ausgaben für den „Kunstrasenplatz“ für das Jahr 2023 eingeplant werden sollen, sei dieser Punkt gesondert aufgenommen worden.

Auch die CDU-Fraktion findet es sehr beeindruckend, in welcher Art und Weise der TuS Sillenstede etwas für seine Mitglieder und auch für den Sport in der Stadt im Allgemeinen erreichen möchte. Aus der Diskussion im „Ausschuss für Schule, Jugend und Sport“, sei bekannt, so **RM Striegl**, dass die beiden Plätze des Sportplatzes bereits bei leichtem Regen sowohl für das Training als auch für Spiele und Turniere unbespielbar werden. Da auch bekannt sei, dass durch kostengünstigere Alternativen wie die Anlegung eines Hybridrasenplatzes oder einer Drainage das Problem nicht nachhaltig gelöst werden könne, unterstütze die CDU-Fraktion den Beschlussvorschlag und damit die Aufwertung des Platzes zu einem Kunstrasenplatz.

RM Striegl geht ausführlich auf die Maßnahmen ein, die der TuS Sillenstede in den vergangenen Jahren ehrenamtlich und in Eigenleistung durchgeführt hat und dankt dem Verein für dieses herausragende Engagement.

RM Ottens erklärt, dass die Einbringung von Plastik in die Natur für die GRÜNEN grundsätzlich ein Problem darstellt und sich seine Fraktion daher gegen einen Kunstrasenplatz ausspricht. Seine Fraktion könne dem Beschlussvorschlag lediglich dann zustimmen, wenn in dem vorliegenden Beschlussvorschlag das Wort „Kunstrasenprojekt“ durch das Wort „Sportplatz“ ersetzt werden würde.

Kompromisse sind nach Ansicht von **BM Böhling** oftmals gut. Da sich der TuS Sillenstede jedoch ausdrücklich einen Kunstrasenplatz wünscht, möchte er dem Verein klar signalisieren, dass dieser Wunsch unterstützt wird.

Der Diskussion sei zu entnehmen, so **RM Ottens**, dass die Mehrheit für den Beschlussvorschlag stimmen wird. Er merkt an, dass ein Rat, der 2021 gewählt wird, nicht an diesen Beschluss gebunden sein wird.

Nach weiteren Redebeiträgen lässt **RV Buß** über den Beschlussvorschlag abstimmen.

Bei 3 Gegenstimmen und 1 Enthaltung ergeht nachfolgender Beschluss:

Im Investitionsprogramm für 2023 wird ein Zuschuss in Höhe von 350.000 Euro für das Kunstrasenprojekt des TuS Sillenstede veranschlagt.

8. Vorlage des "Betriebsausschusses Stadtentwässerung" vom 11.12.2018

8.1. Eigenbetrieb Stadtentwässerung Haushalt 2019, Investitionsprogramm 2019-2022 **SV-Nr. 16//0974**

RM Kasig berichtet, dass sich die Infrastruktur im Bereich Stadtentwässerung bei stabilen Gebühren stetig verbessert. Hierzu geht er näher auf den Anschluss des Stadtteiles Upjever im letzten Jahr ein, dessen Einwohner/-innen nun eine deutlich geringere Gebühr als zuvor zahlen müssen sowie auf den Anschluss der „Branterei“. Die SPD-FDP-Gruppe unterstützt den Beschlussvorschlag.

Einstimmig ergeht nachfolgender Beschluss:

1. Der dem Originalprotokoll im Original beigefügte Haushaltsplan des Eigenbetriebes Stadtentwässerung der Stadt Schortens für das Haushaltsjahr 2019 wird beschlossen.
2. Das dem Originalprotokoll im Original beigefügte Investitionsprogramm 2019 -2022 wird beschlossen.

9. Vorlagen des "Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft"
vom 16.01.2019

9.1. Allgemeine Gebühren- und Entgelterhöhung 2019 einschließlich Verwaltungskostensatzung 2019 **SV-Nr. 16//0981**

Es wird einstimmig nachfolgender Beschluss gefasst:

1. Die der Sitzungsvorlage beigelegten Gebühren- und Entgelterhöhungen werden beschlossen.
2. Die Gebühren- und Entgelterhöhung der Kindertagesstätten und der Randbetreuung an Grundschulen tritt zum 01.08.2019 in Kraft.
3. Die kirchlichen Träger der Stadt Schortens werden gebeten, die Gebührensatzung entsprechend anzupassen.

9.2. Haushalt 2019, Investitionsprogramm 2019-2022 **SV-Nr. 16//0988**

Der Vorsitzende des Finanz- und Wirtschaftsausschusses, **RM Bruns**, berichtet, dass den Aufwendungen im Ergebnishaushalt in Höhe von insgesamt 32,2 Mio. Erträge von 33,6 Mio. Euro gegenüberstehen. Rückblickend habe sich die Haushaltssituation seit 2010 jährlich gegenüber den ursprünglichen Planungen verbessert. Seit 2013 würden die Ergebnishaushalte der einzelnen Jahre Überschüsse ausweisen. Eine Ausnahme bilde nur das Jahr 2016, in dem eine Sofortabschreibung für das Aqua-Toll fällig gewesen sei. In 2019 und in den nächsten drei Jahren sei der Ergebnishaushalt ausgeglichen und weise Überschüsse von insgesamt 5,8 Mio. Euro aus. Der Schuldenstand entwickle sich mittelfristig betrachtet ebenfalls positiv. In 2019 könne neben der regulären Tilgung sogar eine Sondertilgung vorgenommen und der Schuldenabbau vorangetrieben werden. Für die in 2019 geplanten Investitionen in Höhe von über 3 Mio. Euro seien zudem keine Kreditaufnahmen erforderlich. Der vorgelegte Haushalt sei im Ausschuss für Finanzen und Wirtschaft daher in der Diskussion insgesamt positiv bewertet und mehrheitlich zum Beschluss empfohlen worden.

Für die CDU-Fraktion teilt **RM Bruns** mit, dass die Ergebnishaushalte in den kommenden Jahren Überschüsse ausweisen, die Fehlbeträge aus den Vorjahren abgebaut werden konnten und sich der Gesamtschuldenstand verringert hat. In diesem Zusammenhang stellt er stellvertretend für die CDU-Fraktion folgenden Antrag:

„Die Hebesätze für die Grundsteuer A und B sowie für die Gewerbesteuer werden in einer ersten Stufe im Haushaltsjahr 2019 um 10 Prozentpunkte gesenkt. Weitere Senkungen um je 10 Punkte werden in den Haushaltsentwürfen 2020 und 2021 durch die Verwaltung eingeplant und dem Rat in den jeweiligen Haushaltsberatungen zur Entscheidung über die Umsetzung gesondert vorgelegt.“

Als Begründung führt er aus, dass die Stadt über historisch hohe Steuereinnahmen verfügt, was auf die allgemein gute konjunkturelle Entwicklung und auf die gute Arbeit in Rat und Verwaltung zurückzuführen sei. Auch in den Bereichen der Grundsteuern und der Gewerbesteuer sei die Entwicklung sehr positiv. Er weist darauf hin, dass die Steuererhebung der Deckung des Finanzbedarfs der Stadt dient, der Finanzbedarf nach dem vorliegenden Haushaltsentwurf gedeckt sei und Überschüsse erzielt werden. Insofern sei es nur folgerichtig, die Steuerzahler/-innen, nämlich die Bürgerinnen und Bürger und die Unternehmen, an der guten Situation teilhaben zu lassen. So würde es auch der Kreistag des Landkreises Friesland machen, der die Stadt Schortens neben der bereits erfolgten Senkung der Kreisumlage in 2018 und einer bereits im Haushaltsentwurf 2019 eingeplanten Entlastung von 400.000,00 € zusätzlich in diesem Jahr um weitere 480.000,00 € entlasten wird. Eine entsprechende Empfehlung habe der Kreisausschuss bereits ausgesprochen. Der Kreistag werde hierüber im März beschließen.

Weiter führt RM Bruns aus, dass die mit der beantragten Steuersenkung einhergehenden Mindereinnahmen für die Stadt in diesem Jahr in Höhe von ca. 226.000,00 € allein durch die Entlastung des Landkreises also mehr als kompensiert werden würden. Für die Folgejahre sei zu erwarten, dass aufgrund der Neubautätigkeit die Einnahmen im Bereich der Grundsteuern weiter steigen und auch im Bereich der Gewerbesteuern sich die Einnahmen durch bereits erfolgte und neue Unternehmensansiedlungen weiter positiv entwickeln werden. Eine Haushaltsverträglichkeit der beantragten Steuersenkung sei aus Sicht der CDU-Fraktion daher gegeben. Abschließend bittet er die Ratsmitglieder, den Antrag zu unterstützen.

RM Ottens teilt mit, dass die Fraktion „BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN“ dem Antrag nicht zustimmen kann. Eine „Steuersenkung“ höre sich immer gut an, so RM Ottens, jedoch würde diese keine große Entlastung für die Bürger/-innen ergeben. Viel wichtiger sei ihm aber, dass man bei der Schuldenobergrenze von 16 Mio. angelangt sei, die man nicht überschreiten dürfe. Er spricht sich dafür aus, die positive finanzielle Entwicklung für einen schnelleren Schuldenabbau zu nutzen.

RM Heiden erklärt, dass die UWG-Fraktion den Haushalt positiv beurteilt und diesem auch zustimmen wird. Dem Antrag der CDU-Fraktion könne seine Fraktion jedoch nicht zustimmen, da sie die finanzielle Entwicklung konservativer beurteilt. Der Überschuss von 1,3 Mio. würde bereits Begehrlichkeiten wecken, und zwar nicht nur hinsichtlich einer Steuersenkung und den Neubau eines Heimathauses. Die Aussage, man könne sich dies leisten, könne seine Fraktion nicht unterstützen.

RM Heiden führt weiter aus, dass die Stadt mehrere Investitionen getätigt habe und neben dem „Aqua Fit“, das fast fertig gestellt sei, weitere Investitionen plane, u. a. den Umbau des Bürgerhauses, die Digitalisierung in den Schulen, die Sanierung der Turnhalle in Sillenstede und den Neubau der Krippe in Oestringfelde.

Er merkt an, dass die letzten Vergaben für die Baumaßnahmen bereits gezeigt hätten, dass auch Kostensteigerungen Berücksichtigung finden müssen, die den Überschuss verringern würden. Ebenso sollten Kosten für Tarifsteigerungen berücksichtigt werden.

Abschließend erklärt RM Heiden, dass die beantragte Steuersenkung für ihn eine Entlastung von 15,00 € im Jahr ergeben würde und er dieses Geld gerne der Stadt zur Verfügung stellt, da es sich hierbei um Steuern handelt, die vor Ort bleiben und in die Infrastruktur fließen.

RM Kasig teilt mit, dass die SPD-FDP-Gruppe den Antrag der CDU-Fraktion nicht unterstützen kann. Mit Blick auf die Zukunft für die neue junge Generation und den Prognosen in diesen Tagen, dass die Konjunktur schwächelt und bald Steuereinnahmen fehlen werden, könne seine Gruppe diesen Vorstoß nicht mittragen. Daneben plane die Bundesregierung gerade die Reform der Grundsteuer. Der Haushalt sei solide geplant und die Steuersätze lägen im untersten Level im Landkreis Friesland. Zudem seien die Gebührenbescheide bereits versandt worden.

Ergänzend weist er darauf hin, dass die Grundsteuerersparnis etwa 25,00 € pro Einfamilienhaus betragen würde. Da die SPD-FDP-Gruppe für eine ausgewogene Finanzpolitik steht und eine Steuersenkung komplett zu Lasten der Sondertilgung gehen würde, lehnt sie den Antrag der CDU-Fraktion ab.

Zum Haushalt führt RM Kasig, aus, dass die Stadt die Wirtschaft mit 3 Mio. Euro fördert, Zuwendungen für die Investitionstätigkeiten in Höhe von ungefähr 1,5 Mio. erhält und 1,5 Mio. aus dem städtischen Haushalt kommen. Eingeplant sei eine Sondertilgung in Höhe von 400.000,00 € und eine Umschuldung in Höhe von etwa 1 Mio. Dies sei klasse, so RM Kasig, und deshalb werde die SPD-FDP-Gruppe dem Haushalt zustimmen.

RM Just erklärt, dass auch die Fraktion „Freie Bürger“ dem Antrag der CDU-Fraktion nicht zustimmen wird. Er merkt an, dass die CDU-Fraktion jahrelang die Meinung vertreten hat, dass der Haushalt dem Rat und der Verwaltung – insbesondere wegen der Baumaßnahme „Aqua Fit“ - um die Ohren fliegen wird. Dies sei jedoch nicht eingetreten. Vielmehr habe sich die Haushaltslage deutlich gebessert. Daraus jedoch zu schließen, es würde der Stadt so gut gehen, dass man den Bürger/-innen Geschenke machen könnte, die allerdings pro Haus relativ gering sein würden, sei nicht richtig. Er gibt zu bedenken, dass der Schuldenstand historisch hoch ist und spricht sich dafür aus, zusätzlich zur Verfügung stehendes Geld in die Schuldentilgung fließen zu lassen.

BM Böhling teilt mit, dass der vorsichtig gerechnete Ergebnishaushalt einen Überschuss von 1,4 Mio. Euro ausweist und es sich um einen guten Haushalt handelt. Die Gewerbesteuer sei betont vorsichtig angesetzt worden und in aller Regel sei es so, dass sich das Ergebnis am Jahresende noch einmal deutlich verbessert.

Näher geht er auf den sogenannten „Zukunftspakt“ ein, den der Landrat und die Bürgermeister der kreisangehörigen Städte und Gemeinden im vergangenen Jahr nach langwierigen Verhandlungen abgeschlossen haben. Daraus ergibt sich, dass die Stadt Schortens in diesem Jahr vom Landkreis eine Gesamtsumme von ca. 1,2 Mio. Euro erhält - 800.000,00 € aus den Überschüssen, die der Landkreis erwirtschaftet hat, und 400.000,00 € für die Kinderbetreuung. Es sei ein gutes Ergebnis erzielt worden, das dem Landkreis, aber natürlich auch den Städten und Gemeinden insgesamt zu Gute komme.

BM Böhling führt weiter aus, dass im Haushalt eine Summe von 3 Mio. Euro für freiwillige Leistungen veranschlagt ist, was etwa 10 % entspricht. Dies sei im Vergleich zu vielen anderen Städten und Gemeinden, die hierfür 2 oder 3% einplanen, sehr hoch. Er ist der Ansicht, dass Rat und Verwaltung gemeinsam stolz darauf sein können, den Einwohnerinnen und Einwohnern neben den Pflichtaufgaben - wie z. B. Reparatur von Straßenlaternen und Straßen – freiwillige Leistungen wie Kultur, Sport und vieles mehr anbieten zu können, die das Leben in der Stadt Schortens und darüber hinaus lebenswert machen. Er unterstreicht, dass die in der Finanzplanung für die nächsten Jahre deutlichen Überschüsse nicht nur dem Geld vom Landkreis, sondern auch der guten Konjunktur und natürlich auch der guten Arbeit des Rates und der Verwaltung geschuldet sind. Er bedankt sich herzlich bei der Verwaltung und den Ratsmitgliedern für diese gute Arbeit.

Bezug nehmend auf die bisherige Diskussion erklärt **RM Bruns**, dass er es sich nicht herausnehmen würde zu beurteilen, ob die von der CDU beantragte Steuersenkung für die einzelne Bürgerin und den einzelnen Bürger viel oder wenig Geld darstellt, da er keine Kenntnis über die einzelnen Wohn- und Grundstücksverhältnisse hat. Er betont nochmals – wie bereits in seiner Eingangsrede -, dass die Sondertilgung auch bei einer Steuersenkung gesichert sei, wenn die jetzt zusätzlich avisierte Entlastung des Landkreises für die Steuersenkung zur Gegenfinanzierung herangezogen werde. Er bestätigt, dass sich die Stadt jahrelang an der Schuldenobergrenze bewegt hat und dies aufgrund der geplanten Kreditaufnahme im kommenden Jahr auch wieder tun wird. Die mittelfristige Finanzplanung zeige jedoch, dass man in kürzester Zeit an die 14 Mio.-Grenze kommen wird. RM Bruns ist zuversichtlich, dass der Schuldenabbau auch weiterhin betrieben werden kann, wenn die Haushaltsplanung kontinuierlich so stringent fortgesetzt wird. Er unterstreicht, dass die Steuereinnahmen – wie in den vergangenen Jahren - sehr konservativ angesetzt wurden und auch die vergangenen Jahre gezeigt haben, dass die Entwicklung positiver war als in der ursprünglichen Planung angedacht.

RM Kasig gibt zu bedenken, dass die Gremien des Landkreises Friesland noch nicht abschließend über die zusätzliche Entlastung beraten haben und der Rat daher von dem heute vorliegenden Zahlenwerk ausgehen muss.

RM Eggerichs merkt an, dass die Stadt Schortens gemeinsam mit den Gemeinden Zetel und Bockhorn die niedrigsten Hebesetze im Landkreis Friesland hat.

Von einer Steuerlast für die Bürger/-innen könne man daher nicht sprechen. Er hält es für wichtig, sich zunächst auf die Abarbeitung des Sanierungsstaus und die Schuldensenkung zu konzentrieren.

RM Ottens betont nochmals die Wichtigkeit des Schuldenabbaus. Er verweist in diesem Zusammenhang auf den von der CDU wegen des vorhandenen Sanierungsstaus geforderten Masterplan für alle öffentliche Gebäude und merkt an, dass hierfür noch Geld benötigt wird und daher eine Steuersenkung nicht möglich ist.

RM Homfeldt findet es gut, dass nunmehr der gesamte Rat den bestehenden Sanierungsstau zur Kenntnis genommen hat, zumal dies vor drei, vier, fünf Jahren - als über das Hallenbad diskutiert worden sei - noch völlig anders gewesen sei. Er gibt zu bedenken, dass der Investitionsplan die meisten erforderlichen Maßnahmen bereits beinhaltet. Noch nicht enthalten sei das Sanitärgebäude des HFC. Seine Fraktion fordere einen Masterplan, so RM Homfeldt, um in Zukunft planvoller arbeiten zu können.

Bezug nehmend auf den Antrag betont er, dass die CDU-Fraktion die Haltung vertritt, von den Bürgerinnen und Bürgern wirklich nur das Geld zu nehmen, das wirklich gebraucht wird. Aufgrund der avisierten Überschüsse sei eine Steuersenkung daher gerechtfertigt. Von Geschenken könne daher keine Rede sein. Abschließend gibt er den Hinweis, dass sich eine Grundsteuersenkung nicht nur auf Hauseigentümer, sondern auch auf Mieter auswirken würde.

RV Buß lässt zunächst über den weitergehenden Antrag der CDU-Fraktion und anschließend über den Beschlussvorschlag abstimmen.

1. Antrag der CDU-Fraktion:

Die Hebesätze für die Grundsteuer A und B sowie für die Gewerbesteuer werden in einer ersten Stufe im Haushaltsjahr 2019 um 10 Prozentpunkte gesenkt. Weitere Senkungen um je 10 Punkte werden in den Haushaltsentwürfen 2020 und 2021 durch die Verwaltung eingeplant und dem Rat in den jeweiligen Haushaltsberatungen zur Entscheidung über die Umsetzung gesondert vorgelegt.

Der Antrag wird bei 19 Gegenstimmen und 1 Enthaltung abgelehnt.

BM Böhling hat sich bei der Abstimmung enthalten.

2. Beschlussvorschlag:

1. Die der Sitzungsvorlage beigefügte Haushaltssatzung der Stadt Schortens sowie der Haushaltsplan für das Haushaltsjahr 2019 werden beschlossen.

2. Das der Sitzungsvorlage beigefügte Investitionsprogramm 2019-2022 wird beschlossen.

Der Beschlussvorschlag wird bei 10 Gegenstimmen beschlossen.

10. Vorlage des Verwaltungsausschusses vom 15.01.2019

- 10.1. Abschluss einer Zweckvereinbarung zur Gewährleistung des Brandschutzes und der Hilfeleistung im Bereich Klein Westerhausen durch die Ortsfeuerwehr Sillenstede **SV-Nr. 16//0996**

Einstimmig wird nachfolgender Beschluss gefasst:

Mit der Stadt Wilhelmshaven wird die als Anlage beigefügte „Zweckvereinbarung zur Gewährleistung des abwehrenden Brandschutzes und der Hilfeleistung in dem Bereich Klein Westerhausen durch die Ortsfeuerwehr Sillenstede der Freiwillige Feuerwehr der Stadt Schortens“ geschlossen.

11. Vorlagen des "Ausschusses für Planung, Bauen und Umwelt" vom 30.01.2019

- 11.1. Neuaufstellung des Bebauungsplans Nr. 138 "Östlich Huntsteert" Ergebnis aus der Beteiligung der Behörden und sonstiger Träger öffentlicher Belange im Verfahren gem. § 4 (2) Baugesetzbuch (BauGB) und der durchgeführten öffentlichen Auslegung gem. §§ 3 (2) BauGB Satzungsbeschluss gem. § 10 (1) BauGB **SV-Nr. 16//0579/2**

Einstimmig ergeht nachfolgender Beschluss:

Zu 1: Die Stellungnahmen und Hinweise gem. §§ 4 (2) und § 3 (2) BauGB werden wie in der beigefügten Tabelle ersichtlich abgewogen.

Zu 2: Aufgrund der §§ 1 (3) und 10 BauGB in der Fassung vom 23.09.2004 (BGBl. I, S. 2414), zuletzt geändert durch das Gesetz zur Umsetzung der Richtlinie 2014/52/EU im Städtebaurecht und zur Stärkung des neuen Zusammenhaltes in der Stadt vom 13.05.2017, beschließt der Rat der Stadt Schortens die Neuaufstellung des Bebauungsplans Nr. 138 "Östlich Huntsteert" sowie die Begründung als Satzung.

Mit Inkrafttreten des Bebauungsplanes Nr. 138 „Östlich Huntsteert“ tritt der, sich mit dem derzeit geltende Bebauungsplan Nr. 57 "Freizeitgelände Huntsteert" überschneidende Bereich außer Kraft.

- 11.2. Überarbeitung des Bebauungsplans Nr. 53 "Elsa-Brändström-Straße", 2. Änderung
Hier: Ergebnis aus der Beteiligung der Behörden und sonstiger Träger öffentlicher Belange im Verfahren gem. § 4 (2) Baugesetzbuch (BauGB) und der durchgeführten öffentlichen Auslegung gem. §§ 3 (2) BauGB Satzungsbeschluss gem. § 10 (1) BauGB **SV-Nr. 16//0677/2**

Einstimmig wird nachfolgender Beschluss gefasst:

Zu 1: Die Stellungnahmen und Hinweise gem. §§ 4 (2) und § 3 (2) BauGB werden wie in der beigefügten Tabelle ersichtlich abgewogen.

Zu 2: Aufgrund der §§ 1 (3) und 10 BauGB in der Fassung vom 23.09.2004 (BGBl. I, S. 2414), zuletzt geändert durch das Gesetz zur Umsetzung der Richtlinie 2014/52/EU im Städtebaurecht und zur Stärkung des neuen Zusammenhaltes in der Stadt vom 13.05.2017, beschließt der Rat der Stadt Schortens die Überarbeitung des Bebauungsplans Nr. 53 "Elsa-Brändström-Straße", 2. Änderung sowie die Begründung als Satzung.

12. Vorlage des Verwaltungsausschusses vom 12.02.2019

12.1. Änderung der Organisationsstruktur der Verwaltung - Empfehlung aus dem Gutachten zur Verwaltungsprozessoptimierung (Büro Allevo)
SV-Nr. 16//0959/1

12.1.1. Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vom 23.01.2019 - Eingliederung des Fachbereiches 12 "Marketing/Tourismus" in den Fachbereich 10 "Innerer Service" **AN-Nr: 16/0047**

RM Ottens erklärt, dass der Bürgermeister zunächst zugesagt hatte, die Empfehlungen des Gutachtens zur Organisationsstruktur insgesamt umsetzen zu wollen. Leider habe der Bürgermeister diese Aussage hinsichtlich der Zusammenlegung des Fachbereiches „Stadtmarketing u. Tourismus“ und des Fachbereiches „Innerer Service“ mit der Begründung zurückgenommen, dass der Fachbereich „Stadtmarketing u. Tourismus“ seinerzeit auf Wunsch der Politik eingerichtet worden sei und der Fachbereich „Innerer Service“ durch die Zusammenlegung zu groß werden würde. Seinerzeit sei es aber auch Wunsch der Politik gewesen, so RM Ottens, die Aufgabe „Wirtschaftsförderung“ dem Fachbereich „Stadtmarketing u. Tourismus“ zuzuweisen. Diese Aufgabe sei jedoch zwischenzeitlich wieder vom Fachbereich „Finanzen und Liegenschaften“ übernommen worden. Ergänzend weist er darauf hin, dass der Fachbereich „Stadtmarketing u. Tourismus“ aus drei Personen besteht, wovon zwei nicht in Vollzeit arbeiten. Er gibt zu bedenken, dass ein solch kleiner Fachbereich nicht in der Lage sein kann, Ausfallzeiten zu kompensieren.

Aufgrund der vorgenannten Ausführungen stellt RM Ottens für die Fraktion „BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN“ den nachfolgend aufgeführten geänderten Antrag:

Eingliederung des Fachbereiches 12 "Marketing und Tourismus" in den Fachbereich 11 „Finanzen und Liegenschaften“.

Die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN begründet den Antrag damit, dass dem Fachbereich „Finanzen und Liegenschaften“ die Wirtschaftsförderung zugeordnet ist und damit auch dem Argument des Bürgermeisters, dass die Politik die Zusammenlegung von Stadtmarketing und Wirtschaftsförderung wünscht, Folge geleistet wird.

RM Borkenstein teilt mit, dass die SPD-FDP-Gruppe eine Änderung der Verwaltungsstruktur für nicht notwendig hält. Vielmehr sehe sie Synergieeffekte, u. a. wenn die Fachbereichsleiter/-innen zusammensitzen und auch der kurze Draht zum Leiter des Fachbereiches „Ordnung und Soziales“ besteht, wenn Veranstaltungen oder dergleichen geplant werden. Es sei keine Frage, dass das Team die Allevo-Vorgaben mit 2,3 Sollstellen zu 100 % erfüllt. Des Weiteren lägen die Steuerungsaufgaben bei 18 bis 23 %. Für die SPD-FDP-Gruppe spreche daher alles dafür, es bei der bisherigen Organisationsstruktur der Fachbereiche zu belassen.

BM Böhling bestätigt, dass er ursprünglich alle Vorschläge aus dem Gutachten umsetzen wollte, da dies grundsätzlich der Sinn eines Gutachtens ist. Die Verwaltung habe inzwischen bereits viele der Empfehlung umgesetzt. Jedoch sei es auch legitim, nicht allen Empfehlungen zu folgen. So wurde auch der Empfehlung des Büros Allevo für den Verwaltungsausschuss, man möge Personalentscheidungen weiter auf die Verwaltung delegieren, von den Ausschussmitgliedern nicht gefolgt. Er habe seine Meinung zur Eingliederung in den Fachbereich 10 „Innerer Service“ geändert, da er erhebliche Bedenken wegen der Größe hat, denn zu diesem Fachbereich gehören bereits jetzt 225 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter - nämlich auch die aus den öffentlichen Einrichtungen.

Zum Änderungsantrag der Fraktion „BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN“ gibt er zu bedenken, dass laut dem Gutachten auch die bisherige Stabstelle „Controlling“ in den Fachbereich 11 „Finanzen und Liegenschaften“ eingegliedert werden soll.

Die Notwendigkeit der Eingliederung in den Fachbereich 11 „Finanzen und Liegenschaften“ sieht BM Böhling nicht und er bittet den Rat, diese Entscheidung nicht zu treffen.

Für **RM Just** kommt dieser Änderungsantrag etwas überfallartig. Er bittet die Fraktion „BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN“ daher, den Antrag heute zurückzuziehen und dem Fachausschuss zur Beratung vorzulegen, zumal auch eine Vorberatung in den Fraktionen nicht möglich war.

Die **CDU-Fraktion** hält den Änderungsantrag der „Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN“ für logisch und folgerichtig und schließt sich diesem daher an.

BM Böhling merkt an, dass er keine Gelegenheit hatte, mit den zuständigen Fachbereichsleiterinnen darüber zu sprechen, was vor so einer Entscheidung eigentlich guter Brauch sei, jedoch bestehe diese Gelegenheit heute nicht. Dennoch sei es gutes Recht des Rates, heute hierüber zu entscheiden.

RM Ottens erklärt auf Nachfrage des RV Buß, dass seine Fraktion den Antrag aufrechterhält.

RV Buß lässt anschließend über den nachfolgend aufgeführten Antrag der Fraktion „BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN“ abstimmen:

Der Fachbereich 12 "Marketing und Tourismus" ist in den Fachbereich 11 „Finanzen und Liegenschaften" einzugliedern.

Dem Antrag wird bei 16 Ja-Stimmen und 14 Nein-Stimmen zugestimmt.

Anschließend erfolgt die Abstimmung über den nachfolgend aufgeführten Beschlussvorschlag:

Aufgrund der Empfehlungen aus der Verwaltungsprozessoptimierung sollen zum einen die Fachbereiche künftig numerisch benannt, zum anderen die Stabsstelle Controlling in den Fachbereich 11/ Finanzen eingegliedert werden.

Der Beschlussvorschlag wird einstimmig beschlossen.

13. Anfragen und Anregungen:

- 13.1. Auf Nachfrage des Herrn Retsch, dem vom Rat ein Rederecht eingeräumt wurde, bestätigt BM Böhling, dass bei der Eingliederung des Fachbereiches „Stadtmarketing u. Tourismus“ in den Fachbereich „Finanzen und Liegenschaften“ die Stellenhierarchie gewahrt bleibt.